

No. 33011

**GERMANY
and
HUNGARY**

Treaty on mutual assistance by their customs administrations. Signed at Bonn on 18 December 1991

Authentic texts: German and Hungarian.

Registered by Germany on 1 August 1996.

**ALLEMAGNE
et
HONGRIE**

Traité relatif à l'assistance mutuelle entre administrations douanières. Signé à Bonn le 18 décembre 1991

Textes authentiques : allemand et hongrois.

Enregistré par l'Allemagne le 1^{er} août 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER REPUBLIK UNGARN ÜBER DIE GEGENSEITIGE
UNTERSTÜTZUNG DER ZOLLVERWALTUNGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Ungarn –

im Geiste des Abkommens vom 15. Dezember 1950 über die
Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
des Zollwesens,

in der Absicht, die gegenseitigen Beziehungen auch durch eine
Zusammenarbeit der Zollverwaltungen zu entwickeln und zu ver-
stärken,

in dem Bestreben, durch eine Zusammenarbeit der Zollverwal-
tungen den Warenverkehr über die Grenzen zu erleichtern und zu
beschleunigen,

in der Erwägung, daß Zuwiderhandlungen gegen die Zollvor-
schriften die wirtschaftlichen und fiskalischen Interessen beein-
trächtigen,

in der Überzeugung, daß die Beachtung der Zollvorschriften im
Interesse des loyalen Handels liegt und durch eine Zusammen-
arbeit der Zollverwaltungen Zuwiderhandlungen gegen die Zoll-
vorschriften wirksamer bekämpft werden können –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Anwendungsbereich

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien leisten sich
gegenseitig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Maßgabe
ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Unterstützung nach die-
sem Vertrag,

a) um den Warenverkehr über die Grenze zu erleichtern und zu
beschleunigen,

- b) um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften zu verhindern, zu ermitteln und zu verfolgen,
- c) um eine genaue Erhebung der Zölle und sonstiger Ein- und Ausfuhrabgaben sicherzustellen.

(2) Dieser Vertrag läßt die Zusammenarbeit aufgrund anderer vertraglicher Verpflichtungen unberührt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

(1) „Zollvorschriften“ im Sinne dieses Vertrags sind alle Rechtsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, die sich auf Zölle oder alle sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben, auf Erstattungen oder Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des Warenverkehrs über die Grenzen beziehen.

(2) „Zollverwaltungen“ im Sinne dieses Vertrags sind auf deutscher Seite die Bundeszollverwaltung und auf ungarischer Seite die Zollverwaltung mit den unterstellten Zollbehörden.

(3) „Zollzuwiderhandlungen“ im Sinne dieses Vertrags sind sowohl vollendete als auch versuchte Verstöße gegen die Zollvorschriften.

Artikel 3

Erleichterung der Zollformalitäten

Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags zusammen und treffen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Maßnahmen, um Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Warenverkehr zwischen beiden Vertragsparteien zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften bleiben unberührt.

Artikel 4

Erteilung von Bescheinigungen, Erfahrungsaustausch

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auf Ersuchen jede Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß Waren, die aus dem Gebiet einer Vertragspartei in das Gebiet der anderen Vertragspartei ausgeführt werden, ordnungsgemäß in das Gebiet der letztgenannten Vertragspartei eingeführt worden sind; in der Bescheinigung werden gegebenenfalls Art

und Daten des Zollverfahrens angegeben, zu dem die Waren abgefertigt worden sind.

(2) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte, ob die den Zollbehörden vorgelegten Urkunden und Schriftstücke echt und inhaltlich zutreffend oder gefälscht sind.

(3) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien

- a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten sowie über neue Mittel und Methoden der Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften aus.
- b) unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften sowie über die Anwendung technischer Hilfsmittel durch ihre Zollverwaltungen und erörtern andere Fragen von beiderseitigem Interesse.

Artikel 5

Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen einander zur Intensivierung der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen auch ohne Ersuchen so schnell wie möglich Auskünfte über

- a) Personen, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie sich mit dem Rauschgiftschmuggel befassen,
- b) Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie zum Rauschgiftschmuggel verwendet werden.

(2) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auch unaufgefordert Auskünfte über die beim illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen angewandten Schmuggelmethoden und -verfahren sowie über Erfolge neuer Kontrollmethoden.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen an andere mit der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befaßte Verwaltungen weitergegeben werden.

(4) Die Vorschriften über die justizielle Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

(5) Suchtstoffe im Sinne dieses Vertrags sind die Stoffe, die unter das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961

über Suchtstoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen. Psychotrope Stoffe im Sinne dieses Vertrags sind Stoffe, die unter das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

Artikel 6

Bekanntgabe, Zustellung von Schriftstücken

(1) Die Zollverwaltung einer Vertragspartei wird auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei unter Beachtung des jeweils geltenden Rechts dem Empfänger alle die Anwendung der Zollvorschriften betreffenden Bescheide und Entscheidungen der Verwaltungsbehörden bekanntgeben oder zustellen.

(2) In einem Bekanntgabeersuchen oder Zustellungsersuchen ist abweichend von Artikel 8 eine Sachverhaltsdarstellung erforderlich.

(3) Die Bekanntgabe oder Zustellung eines Schriftstücks wird durch eine mit der Angabe des Bekanntgabedags oder Zustellungstags versehene Empfangsbestätigung des Empfängers oder durch eine Bescheinigung der ersuchten Behörde über die Form und die Zeit der Bekanntgabe oder Zustellung nachgewiesen.

Artikel 7

Erteilung von Auskünften, Ermittlungen

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen, insbesondere durch Übersenden von Berichten, Niederschriften oder beglaubigten Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen, alle Auskünfte über festgestellte oder geplante Handlungen, die gegen die Zollvorschriften der ersuchenden Vertragspartei verstoßen oder zu verstoßen scheinen.

(2) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien führen auf Ersuchen in Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften auch Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch und teilen das Ergebnis entsprechend Absatz 1 der ersuchenden Zollverwaltung mit.

Artikel 8

Form und Inhalt der Ersuchen

(1) Das Ersuchen ist schriftlich in der Amtssprache der ersuchenden Vertragspartei zu stellen, wobei eine Übersetzung in der Amtssprache der ersuchten Vertragspartei möglichst beizufügen ist. Die zu seiner Durchführung erforderlichen Schriftstücke ein-

schließlich etwaiger ihm zugrunde liegender Verfügungen oder Entscheidungen der zuständigen Behörde sind in Urschrift, Ausfertigung, beglaubigter Ablichtung oder beglaubigter Abschrift beizufügen.

(2) Das Ersuchen oder die ihm nach Absatz 1 beizufügenden Schriftstücke sollen folgende Angaben enthalten:

- a) die Zollbehörde, bei der das dem Ersuchen zugrunde liegende Verfahren anhängig ist,
- b) die Art und den wesentlichen Sachverhalt des Verfahrens wegen Verdachts von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften,
- c) den Grund des Ersuchens,
- d) Namen, Personaldaten und Anschriften der am Verfahren Beteiligten.

Artikel 9

Datenschutz

Soweit personenbezogene Informationen übermittelt werden, sind die Grundsätze des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten zu beachten. Im übrigen gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Übermittlung personenbezogener Informationen unterbleibt, soweit Grund zu der Annahme besteht, daß dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Belange der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Die Übermittlung personenbezogener Informationen unterbleibt insbesondere dann, wenn Grund zur Annahme besteht, daß die Verwendung der übermittelten Informationen nicht in Einklang mit rechtsstaatlichen Grundsätzen steht oder dem Betroffenen aus der Verwendung der Informationen erhebliche Nachteile erwachsen, die im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen stehen.
- b) Der Empfänger darf personenbezogene Informationen nur zu den durch die übermittelnde Stelle angegebenen Zwecken und unter den von ihr vorgeschriebenen Bedingungen nutzen.
- c) Personenbezogene Informationen dürfen ausschließlich an Dienststellen des Zolls und, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung erforderlich ist, auch an Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf, mit Ausnahme der in Artikel 5 Absatz 3

- geregelten Fälle, nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Informationen und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
 - e) Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Informationen zu achten. Erweist sich, daß unrichtige oder zu vernichtende personenbezogene Informationen übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
 - f) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person aufbewahrten Informationen sowie über den Zweck der Aufbewahrung oder Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.
 - g) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Informationsaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.
 - h) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang personenbezogener Informationen aktenkundig zu machen.

Artikel 10

Ausnahmen

von der Verpflichtung zur Unterstützung

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erledigung eines Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung (*ordre public*) oder andere wesentliche Interessen ihrer Seite zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt, welche die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Fall zu leisten nicht imstande wäre, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Der ersuchten Zollverwaltung steht es frei, einem derartigen Ersuchen zu entsprechen.

Artikel 11

Verwendung der Unterstützung

Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien dürfen in ihren Niederschriften, Berichten, Zeugenaussagen sowie bei gerichtlichen Verfahren und Verfolgungen die nach diesem Vertrag erhaltenen Auskünfte und zu Rate gezogenen Schriftstücke als Beweismittel angeben. Der Beweiswert dieser Auskünfte und Schriftstücke sowie ihre Verwendung vor Gericht richten sich nach dem Recht der Vertragspartei, die eine Verwendung vorsieht.

Artikel 12

Durchführung der

Unterstützungsmaßnahmen, Erledigung der Ersuchen

Bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen sind die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei anzuwenden.

Dabei gilt die Übermittlung von Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen als eine Art der Auskunftserteilung. Bei Überprüfungen, Feststellungen und Ermittlungen verfährt die ersuchte Zollverwaltung, ohne Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen, so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben handeln würde.

Artikel 13

Geschäftsweg und Zuständigkeit

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehene Unterstützung findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen beider Vertragsparteien statt.

(2) Ist die ersuchte Zollverwaltung einer Vertragspartei für die erbetene Unterstützung nicht zuständig, so unterrichtet sie hiervon die ersuchende Zollverwaltung und leitet das Ersuchen mit deren Zustimmung gegebenenfalls an die zuständige Behörde weiter.

Artikel 14

Kosten

Der unterstützenden Zollverwaltung werden nur die Aufwendungen erstattet, die ihr bei der Erledigung eines Ersuchens nach diesem Vertrag für Zeugen und Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer entstehen.

Artikel 15

Durchführung des Vertrags

(1) Die obersten Zollbehörden beider Vertragsparteien erlassen die zur Anwendung dieses Vertrags erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

(2) Fragen, die sich bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrags ergeben, werden im Bedarfsfall von Vertretern der Zollverwaltungen beider Vertragsparteien mündlich erörtert.

Artikel 16

Ratifikation, Inkrafttreten, Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Budapest ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich gekündigt werden.

[For the testimonium and signatures, see p. 134 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 134 du présent volume.]

[HUNGARIAN TEXT — TEXTE HONGROIS]

**SZERZŐDÉS A NÉMETORSZÁGI SZÖVETSÉGI KÖZTÁRSASÁG ÉS
A MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KÖZÖTT A VÁMIGAZGATÁSOK
KÖZÖTTI KÖLCSÖNÖS SEGÍTSÉGNYÚJTÁSRÓL**

A Németországi Szövetségi Köztársaság

és

a Magyar Köztársaság

A Vámegyüttműködési Tanács létrehozásáról szóló, az 1950. évi december hó 15. napján kelt Egyezmény szellemében,

azzal a szándékkal, hogy a kölcsönös kapcsolatokat a vámigazgatások együttműködése által is fejlesszék és elmélyítsék,

arra törekedve, hogy a vámigazgatások közötti együttműködéssel a határon keresztül lebonyolódó áruforgalmi megkönnyítsék és meggyorsítsák,

abból a megfontolásból, hogy a vámelőírások megsértése a gazdasági és kincstári érdekeket károsan befolyásolja,

abból a meggyőződésből, hogy a vámelőírások figyelembevétele a lojális kereskedelem érdeke és a vámigazgatások közötti együttműködéssel hatékonyan lehet küzdeni a vámelőírások megsértése ellen,

a következőkben állapotott meg:

1. cikk

Alkalmazási terület

(1) A Felek vámigazgatásai illetékességük körében, hazai jogi előírásainak megfelelően, ezen Szerződés előírásai szerint kölcsönösen segítséget nyújtanak egymásnak, hogy

- a) a határon keresztül lebonyolódó áruforgalmat megkönnyítsék és meggyorsítsák;
- b) a vámelőírásokat sértő cselekményeket megakadályozzák, felderítsék és üldözzék;
- c) a vámok és egyéb behozatali és kiviteli illetékek pontos kivétele biztosított legyen.

(2) Ezen szerződés más szerződési kötelezettségben foglalt együttműködést nem érint.

2. cikk

Fogalmak

(1) „Vámeldírások” alatt ezen Szerződés alkalmazása során minden olyan, az áruk behozatalára, ki-és átvitelére vonatkozó jogszabályt kell érteni, amelyek vámokra és egyéb be-és kiviteli illetékekre, térítésekre vagy tilalmakra, a határon keresztül lebonyolódó áruforgalom korlátozására és ellenőrzésére vonatkoznak;

(2) „Vámigazgatások” alatt ezen Szerződés alkalmazása során magyar részről a Vámigazgatást az alárendelt vámhatósággal együtt, német részről pedig a Szövetségi Vámigazgatást kell érteni;

(3) „Vámjogszabályt sértő cselekmények” alatt ezen Szerződés értelmében a vámeldírások megsértését, valamint a megsértésre tett kísérletet kell érteni.

3. cikk

Vámalakiságok megkönnyítése

A felek vámigazgatásai ezen Szerződés rendelkezései szerint együttműködést folytatnak és saját jogszabályaik keretein belül, kölcsönös egyetértésben megteszik a szükséges intézkedéseket annak érdekében, hogy a vámalakiságokat egyszerűsítsék és ezáltal a két fél közötti áruforgalmat megkönnyítsék és meggyorsítsák.

Az Európai Közösségek illetékessége érintetlen marad.

4. cikk

Igazolások kiadása, tapasztalatcsere

(1) A Felek vámigazgatásai megkeresésre kölcsönösen átadnak egymásnak minden olyan okmányt, amely igazolja, hogy az egyik Fél területéről a másik Fél területére kiszállított árut az utóbb megnevezett Fél területére a szabályoknak megfelelően bevitték; az igazolásban adott esetben közlik annak a vámkezelésnek a fajtáját és időpontját, amely eljárásban az árut kezelték.

(2) A Felek vámigazgatásai megkeresésre felvilágosítást adnak egymásnak, hogy a vámhatóságoknak benyújtott okmányok és iratok valódiak-e és tartalmilag helytállóak vagy hamisak.

(3) A Felek vámigazgatásai

- a) kicserélik tapasztalataikat tevékenységükről, valamint a vámelőírást sértő cselekmények elkövetésének új eszközeiről és módszereiről,
- b) kölcsönösen tájékoztatják egymást vámelőírásaik lényeges változásairól, valamint a vámigazgatások által felhasznált technikai segédeszközök alkalmazásáról és megvitatnak más, kölcsönös érdeklődésre számottevő kérdéseket.

5. cikk

Kábitószercsempészet elleni harc

(1) A Felek vámigazgatásai megkeresés nélkül is a lehető leggyorsabban közölnek egymással a kábitószeres, pszichotrop anyagok csempészete, illegális kereskedelme megakadályozásának felderítése, üldözésének intenzívvé tételére minden információt

- a) azon személyekről, akikről tudott, vagy gyanúsíthatóak, hogy kábitószercsempészetrel foglalkoznak;
- b) azokról a szárazföldi, vízi és légi járművekről, amelykről tudott, vagy gyanúsítható, hogy azokat kábitószercsempészetre használják.

(2) A Felek vámigazgatásai kölcsönösen, megkeresés nélkül is megadnak minden felvilágosítást a kábitószeres és pszichotrop anyagok illegális kereskedelmében alkalmazott csempészeti módszerekről és eljárásokról, valamint az új ellenőrzési módszerek eredményeiről.

(3) Az 1. és 2. bekezdések szerint kapott felvilágosítások, közlések és iratok továbbadhatók más olyan államigazgatási szerv részére, amely a kábitószeres és pszichotrop anyagok illegális kereskedelme és a kábitószer abuzus elleni harccal foglalkozik.

(4) Bűnügyekben az igazságügyi jogsegély előírásai érintetlenek maradnak.

(5) Ezen Szerződés alkalmazása során kábitószeres azok az anyagok, amelyek az 1961. évi március hó 30. napján kelt Egységes Kábitószer Egyezmény mindenkor hatályos szövege szerint annak minősülnek. Ezen Egyezmény alkalmazása során pszichotrop anyagok azok az anyagok, amelyek az 1971. évi február hó 21. napján kelt, pszichotrop anyagokról szóló Egyezmény mindenkor hatályos szövege szerint annak minősülnek.

6. cikk

Iratok ismertetése, kézbesítése

(1) Az egyik Fél vámigazgatásának megkeresésére a másik Fél vámigazgatása a mindenkor érvényes rendelkezések figyelembevételével a megkereső vámigazgatással ismertet vagy részére megküld minden, a vámelőírások alkalmazásával összefüggő hatósági határozatot felvilágosítást és döntést.

(2) Az ismertetésre/megküldésre vonatkozó megkeresésben a 8. cikktől eltérően a tényállás kifejtése nem szükséges.

(3) Az irat ismertetését/megküldését a címzett dátummal ellátott átvételi elismervényével vagy a megkeresett hatóságnak a rendelkezésre bocsátás formájára és idejére vonatkozó igazolásával bizonyítják.

7. cikk

Információk adása, felderítések

(1) A Felek vámigazgatásai megkeresésre – elsősorban jelentések, feljegyzések, vagy iratok és egyéb okmányok hitelesített másolatainak megküldésével – megadnak egymásnak minden tájékoztatást olyan felderített vagy tervezett cselekményekről, amelyek a megkereső Fél vámelőírásaiba ütköznek vagy ütközhetnek.

(2) A Felek vámigazgatásai megkeresés alapján vámelőírást sértő cselekmények miatt bevezetett eljárásokban felülvizsgálókat, megállapításokat vagy nyomozásokat is folytatnak és ezek eredményeiről az 1. bekezdésnek megfelelően értesítik a megkereső vámigazgatást.

8. cikk

Megkeresés formája és tartalma

(1) A megkeresést írásban kell megküldeni a megkereső Fél hivatalos nyelvén, amelyhez lehetőség szerint csatolni kell a megkeresett Fél hivatalos nyelvén készült fordítást. A végrehajtáshoz szükséges iratokat – beleértve az alapjául szolgáló, illetékes hatóság által hozott rendelkezéseket vagy döntéseket – eredetiben, kiadmányban hiteles fénymásolatban vagy hiteles másolatban kell csatolni.

(2) A megkeresésnek vagy az 1. bekezdés szerint csatolandó iratoknak az alábbi adatokat kell tartalmazniuk:

- a) azon vármhatóságot, amelynél a megkeresés alapját képező eljárás folyamatban van,
- b) a vámelőírást sértő cselekmény gyanúja miatti eljárás módját és lényeges tényállását,
- c) a megkeresés alapját,
- d) az eljárás alá vontak nevét, személyi adatait és címét.

9. cikk

Adatvédelem

Amennyiben e Szerződés végrehajtása során személyes adatok kerülnek átadásra, figyelembe kell venni az 1981. január 28-án kelt Európai Tanács személyes adatok automatikus feldolgozása során alkalmazandó, személyiségvédelemre vonatkozó egyezményének alapelveit. Egyebekben az alábbi rendelkezések érvényesek:

- a) Elmarad a személyes adatok továbbadása, ha ok van annak feltételezésére, hogy ezáltal a belső jogszabály célja vagy az érintett személy védett érdekei szenvednének csorbát. Elmarad a személyes adatok továbbadása akkor is, ha ok van annak feltételezésére, hogy az átadott információk felhasználása nincs összhangban a jogállami alapelvekkel vagy az érintettnek az információk felhasználásából jelentős hátrányai származnának, amelyek ellentmondanak a jogállami alapelveknek.
- b) A személyes adatok címzettje azokat csak a küldő Fél által megadott célra és az általa előírt feltételek mellett használja fel.
- c) Személyes adatokat kizárólag vámszervek és – amennyiben büntetőeljárás célból szükséges – ügyészségek és bíróságok számára is szabad továbbadni. Egyéb szervnek való továbbadás – kivéve az 5. cikk (3) bekezdésében szabályozott eseteket – csak a küldő Fél előzetes hozzájárulásával lehetséges.
- d) A címzett felkérésére tájékoztatja a küldő Felet a továbbított adatok felhasználásáról és az ezáltal elért eredményekről.
- e) A küldő Fél köteles ügyelni a továbbadott adatok helyességére. Ha kiderül, hogy helytelen, vagy megsemmisítendő személyes adatokat továbbítottak, ezt haladéktalanul közölni kell a címzettel. A címzett köteles a helyesbitést vagy megsemmisítést elvégezni.

- f) Az érintett személy számára – kérelemre – felvilágosítást kell adni a személyét illetően őrzött adatokról és a megőrzés vagy tárolás céljáról. Ez a felvilágosítási kötelezettség nem áll fenn, ha a mérlegelést követően kiderül, hogy a felvilágosítás meg nem adása iránti közérdek erőteljesebb, mint az érdekelt személy felvilágosítással kapcsolatos érdeke.
- g) Ha a jelen szerződés szerinti információcsere keretében történő adattovábbítás következtében valaki jogellenes kárt szenved, vele szemben a címzett Fél tartozik felelősséggel a belső jogszabályai szerinti mértékben. A károsulttal szemben nem hivatkozhat a címzett arra, hogy a kárt a küldő Fél okozta.
- h) Mindkét Fél köteles a személyes adatok továbbítását és vételet iratszerűen kezelni.

10. cikk

Segítségnyújtási kötelezettség alóli kivételek

(1) Ha a megkeresett vámigazgatás véleménye szerint a megkeresés elintézése alkalmas arra, hogy szuverenitását, biztonságát, közrendjét (ordre public) vagy más fontos érdekét károsan befolyásolja, akkor a segítségnyújtást teljesen vagy részben megtagadhatja, vagy bizonyos feltételek vagy meghagyások betartásától függővé teheti.

(2) Ha olyan segítségnyújtási megkeresést küldenek, amelyet a megkereső vámigazgatás fordított esetben nem lenne képes teljesíteni, akkor erre utalni kell a megkeresésében. A megkeresett vámigazgatás dönthet, hogy eleget tesz-e egy ilyen jellegű megkeresésnek.

11. cikk

Segítségnyújtás felhasználása

A Felek vámigazgatásai irataikban, jelentéseikben, tanuvalloásaikban, valamint a bírósági eljárások és nyomozások esetén ezen Szerződés szerint kapott információkat és iratokat bizonyítási eszközként tüntethetik fel. Ezen információk és iratok bizonyító ereje, valamint bíróság előtti felhasználása azon Fél joga szerint alakul, amelyik azt felhasználja.

12. cikk

A segítségnyújtási intézkedések végrehajtása A megkeresés elintézése

A segítségnyújtási intézkedések végrehajtásánál és a megkeresés elintézésénél a megkeresett Fél jogszabályait kell alkalmazni. Az iratok másolatainak és egyéb okmányoknak a megküldése a felvilágosítás egyik módja. Felülvizsgálatoknál, megállapításoknál és nyomozásoknál a megkeresett vámigazgatás – kényszerintézkedések nélkül, mint a lefoglalás és házkutatás – úgy jár el, mintha saját feladatát végezné.

13. cikk

Hivatali út és illetékesség

(1) A jelen Szerződésben előírányzott segítségnyújtásra közvetlenül a Felek vámigazgatásai között kerül sor.

(2) Azokban az esetekben, amikor a megkeresett Fél vámigazgatása nem illetékes a kérés teljesítésére, értesíti erről a megkereső vámigazgatást és annak beleegyezésével adott esetben átadja a megkeresést a szükséges hatáskörrel rendelkező szervnek.

14. cikk

Költségek

A segítséget nyújtó vámigazgatásnak csak azokat a költségeit térítik meg, amelyek a megkeresésnek ezen Szerződés szerinti elintézése során a tanúk és szakértők, valamint szabadfoglalkozású tolmácsok és fordítók tekintetében merülnek fel.

15. cikk

A Szerződés végrehajtása

(1) A Felek legfelsőbb vámhatóságai adják ki a jelen Szerződés alkalmazásához szükséges végrehajtási utasítást.

(2) Ezen Szerződés alkalmazásával és értelmezésével kapcsolatos kérdéseket a Felek vámigazgatásainak képviselői szükség esetén szóban megtárgyalják.

16. cikk**Megerősítés, életbelépés, felmondás**

(1) Ezen Szerződés megerősítésre szorul; a megerősítési okmányokat a lehető leggyorsabban Budapesten cserélik ki.

(2) Ezen Szerződés a megerősítési okmányok kicserélését követő egy hónappal lép hatályba.

(3) A Szerződés határozatlan időre szól. Mindkét Fél részéről 12 hónapos határidővel írásban felmondható.

[For the testimonium and signatures, see p. 134 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 134 du présent volume.]

GESCHEHEN zu Bonn am 18. Dezember 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

KÉSZÜLT Bonn, 1991 december 18-án, két eredeti példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét példány egyaránt hiteles.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

A Németországi Szövetségi Köztársaság
részéről:

LAUTENSCHLAGER

Dr. THEO WAIGEL

Für die Republik
Ungarn:

A Magyar Köztársaság
részéről:

KUPA M.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE REPUBLIC OF HUNGARY ON MUTUAL ASSIST-
ANCE BY THEIR CUSTOMS ADMINISTRATIONS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Hungary,

In the spirit of the Convention of 15 December 1950 establishing a Customs Cooperation Council,²

Intending to develop and reinforce their mutual relations, including through cooperation of their customs administrations,

Seeking to facilitate and accelerate goods traffic across the frontier by means of cooperation between the customs administrations,

Considering that offences against the customs laws are harmful to economic and fiscal interests,

Convinced that observance of customs regulations is in the interest of fair trade and that customs violations can be prevented more effectively by cooperation between their customs administrations,

Have agreed as follows:

Article 1

SCOPE

1. The customs administrations of the two Contracting Parties shall provide one another with reciprocal support under this Treaty, within the areas of their competence and in accordance with their domestic laws,

(a) In order to facilitate and accelerate goods traffic across the frontier,

(b) In order to prevent, detect and pursue violations of the customs regulations,

(c) In order to guarantee accurate recording of the customs duties and other import and export charges.

2. This Treaty shall not affect cooperation based on other Treaty obligations.

Article 2

DEFINITIONS

1. For the purposes of this Treaty, the term “customs regulations” means all legal provisions concerning import, export and transit of goods, relating to customs duties or all other import and export charges, refunds, prohibitions, restrictions and control of goods traffic crossing the frontier.

¹ Came into force on 23 July 1993 by the exchange of the instruments of ratification at Budapest, in accordance with article 16.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 157, p. 129.

2. For the purposes of this Treaty, the term “customs administration” means, in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Customs Administration and, in the case of the Republic of Hungary, the Customs Administration and the subsidiary customs offices.

3. For the purposes of this Treaty, the term “customs offences” shall mean both executed and attempted infringements of the customs regulations.

Article 3

FACILITATION OF CUSTOMS FORMALITIES

The customs administrations of the two Contracting Parties shall cooperate in accordance with the provisions of this Treaty and within the framework of their legislation shall take the requisite measures, as mutually agreed, in order to simplify customs formalities and thus to facilitate and accelerate goods traffic between the two Contracting Parties.

The areas of competence of the European Communities shall remain unaffected.

Article 4

PROVISION OF DOCUMENTS, EXCHANGE OF INFORMATION

1. The customs administrations of the two Contracting Parties shall provide each other upon request with any document which confirms that goods exported from the territory of one Contracting Party and imported into the territory of the other Contracting Party have been lawfully imported into the territory of the latter Party; if the goods in question were cleared through customs, the documents shall indicate the customs clearance procedure employed and the date of such clearance.

2. The customs administrations of the two Contracting Parties shall provide each other upon request with information on whether the documents and papers submitted to the customs authorities are genuine and accurate as to their content, or are forgeries.

3. The customs administrations of both Contracting Parties shall

(a) Exchange information regarding their activities and regarding new means and methods by which offences against the customs regulations are committed,

(b) Inform one another reciprocally on significant changes in their customs regulations and on the utilization of technical means by the customs administrations, and shall discuss other questions of mutual interest.

Article 5

ACTION AGAINST THE SMUGGLING OF NARCOTICS

1. In order to intensify the prevention, detection and prosecution of smuggling and illegal trade in narcotics and psychotropic substances, the customs administrations of both Contracting Parties shall exchange information as rapidly as possible, whether or not a request to do so has been made, concerning:

(a) Persons who are known or suspected to be involved in the smuggling of narcotics;

(b) Vehicles, vessels and aircraft which are known or suspected of being used for smuggling narcotics.

2. The customs administrations of the two Contracting Parties shall inform one another, whether or not a request to do so has been made, about the smuggling methods and procedures used in the illegal trade in narcotics and psychotropic substances, as well as on the success of new methods of control.

3. The information, communications and documents received in accordance with paragraphs 1 and 2 may be passed on to other administrations involved in prevention of drug addiction and the illegal trade in narcotics and psychotropic substances.

4. The regulations on judicial assistance in criminal matters shall remain unaffected.

5. For the purposes of this Treaty, narcotics shall be those materials and substances which are covered by the Single Convention on Narcotic Drugs of 30 March 1961, as amended.¹ For the purposes of this Treaty, psychotropic substances shall be those substances covered by the Convention on Psychotropic Substances of 21 February 1971, as amended.²

Article 6

COMMUNICATION, PROVISION OF WRITTEN INFORMATION

1. The customs administration of one Contracting Party, upon request from the customs administration of the other Contracting Party, and in observance of applicable law, shall communicate or provide to the recipient all notifications or decisions of the administrative authorities which affect the application of the customs regulations.

2. The provisions of article 8 notwithstanding, a description of the facts of the case is not required in a request for communication or request for provision of written information.

3. The communication or the provision of an item of written information shall be recorded by an acknowledgement of receipt from the recipient bearing the date on which the information was communicated or provided or by a certification from the authority to whom the request was addressed as to the form and time of the communication or provision of the information.

Article 7

TRANSMITTAL OF INFORMATION, INVESTIGATIONS

1. The customs administrations of the two Contracting Parties shall transmit to one another, upon request, in particular through the transmittal of reports, transcripts or certified copies of documents and other material, all information on

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 520, p. 151.

² *Ibid.*, vol. 1019, p. 175.

observed or planned actions which infringe or appear to infringe the customs regulations of the requesting Contracting Party.

2. In proceedings against customs offences, the customs administrations of the two Contracting Parties shall also upon request carry out examinations, determinations or investigations and shall communicate the results in accordance with paragraph 1 to the requesting customs administration.

Article 8

FORM AND CONTENTS OF REQUESTS FOR ASSISTANCE

1. Requests shall be made in writing in the official language of the Contracting Party making the request and, where possible, a translation into the official language of the Contracting Party to which the request is addressed shall be appended. The written documents needed for implementation, including any official orders underlying the request or decisions of the competent authority, are to be appended in the form of the original, a copy, a certified photocopy or a certified transcript.

2. The request or the documents to be appended to it in accordance with paragraph 1 should contain the following information:

(a) The customs authority before which the proceedings giving rise to the request are pending;

(b) The type and the essential facts of the proceedings arising from suspicion of offences against the customs regulations;

(c) The reason for the request;

(d) The names, personal data and addresses of the persons involved in the proceedings.

Article 9

DATA PROTECTION

When personal data are transmitted, the basic principles of the Agreement of 28 January 1981 on the protection of the individual in the automated processing of personal data¹ shall be observed. In addition, the following provisions shall apply:

(a) Personal data shall not be transmitted where there is reason to believe that doing so would infringe the intent of a domestic law or would jeopardize interests of the person concerned which warrant protection. Personal data shall not be transmitted in particular if there is reason to suspect that the use of the transmitted data would not be consistent with fundamental constitutional principles or that the use of the information could cause significant prejudice to the person which would be at variance with basic constitutional principles.

(b) The recipient may use personal data only for the purposes stated by the transmitting office and under the conditions laid down by it.

(c) Personal data may be transmitted only to customs offices and, where this is necessary for purposes of criminal prosecutions, also to public prosecutors' offices and courts. Any further transmittal to other locations may be undertaken only with

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1496, No. 1-25702.

the prior approval of the transmitting department, except in such cases as are governed by article 5, paragraph 3.

(d) The recipient shall inform the transmitting Contracting Party, upon request, about the use made of the information transmitted and the results achieved thereby.

(e) The transmitting Contracting Party shall be obliged to ensure the correctness of the information to be transmitted. If it becomes evident that incorrect personal data, or personal data which should have been destroyed, have been transmitted, such occurrences are to be communicated to the recipient without delay. The latter shall be obliged to correct or destroy the data.

(f) The information which is held about a person and the purpose of holding or storing that information must be disclosed to that person upon request. There shall be no obligation to disclose such information if, on balance, it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it.

(g) If anyone is unlawfully harmed as a result of transmittal of information within the framework of the exchange of information under this Treaty, the receiving Contracting Party shall be liable with respect to that person, in accordance with the provisions of its own domestic law. It shall not be entitled to escape that liability with regard to the harmed person by pleading that the harm was caused by the transmitting Contracting Party.

(h) Each Contracting Party shall be obliged to keep records of the transmittal and receipt of personal data.

Article 10

EXCEPTIONS TO THE OBLIGATION TO PROVIDE ASSISTANCE

1. Assistance may be refused or be made subject to certain conditions if the requested customs administration is of the opinion that execution of the request might be prejudicial to the sovereignty, security, public policy (*ordre public*) or other significant interests of its side.

2. If a request for assistance is made and the requesting customs administration would be otherwise unable to provide the desired assistance, it shall so indicate in the application. Execution of such a request shall be at the discretion of the requested customs administration.

Article 11

USE OF THE SUPPORT PROVIDED

The customs administrations of the two Contracting Parties may use as evidence in their records, reports and witness statements and in court proceedings and prosecutions the information received and written documents consulted under this Treaty. The evidentiary value of this information and these documents and their use in court shall be governed by the law of the Contracting Party which intends to make such use.

Article 12

PERFORMANCE OF MEASURES OF SUPPORT, EXECUTION OF REQUESTS

The performance of measures of support and the execution of requests shall be subject to the law of the requested Contracting Party.

In this context, the transmittal of copies of written documents and other materials shall be considered a form of provision of information. In examinations, determinations and investigations, the requested customs administration shall proceed, excluding coercive measures such as confiscation and search, as if it were acting in execution of one of its own duties.

Article 13

CHANNEL OF COMMUNICATION AND COMPETENCE

1. The support envisaged in this Treaty shall be carried out directly between the customs administrations of the two Contracting Parties.

2. If the customs administration of one Contracting Party to which a request is made is not competent to provide the requested support, it shall so inform the requesting customs administration, and with the latter's approval shall forward the application to the competent authority as applicable.

Article 14

COSTS

Expenses incurred by the customs administration providing support shall not be reimbursed, with the exception of fees for witnesses and experts and for freelance interpreters and translators.

Article 15

IMPLEMENTATION OF THE TREATY

1. The central customs authorities of the Contracting Parties shall issue such implementing regulations as are required for the application of this Treaty.

2. Questions which arise in the interpretation and application of this Treaty shall be discussed orally as necessary by representatives of the customs administrations of the two Contracting Parties.

Article 16

RATIFICATION, ENTRY INTO FORCE, TERMINATION

1. This Treaty shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Budapest.

2. This Treaty shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.

3. This Treaty is concluded for an indefinite period. It may be terminated by either Contracting Party in writing with 12 months of advance notice.

DONE at Bonn on 18 December 1991, in duplicate, in the German and Hungarian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

LAUTENSCHLAGER

Dr. THEO WAIGEL

For the Republic
of Hungary:

KUPA M.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE DE HONGRIE RELATIF À L'ASSISTANCE
MUTUELLE ENTRE ADMINISTRATIONS DOUANIÈRES

La République fédérale d'Allemagne et la République de Hongrie,

Dans l'esprit de la Convention du 15 décembre 1950 portant création d'un Conseil de coopération douanière²,

Dans l'intention de développer et de renforcer les relations réciproques également par la collaboration des administrations douanières,

Désireuses de faciliter et d'accélérer les échanges commerciaux à travers les frontières par la collaboration entre leurs administrations douanières,

Considérant que les infractions à la législation douanière sont préjudiciables à leurs intérêts économiques et fiscaux,

Convaincues que le respect de la réglementation douanière est dans l'intérêt du commerce loyal et que la collaboration entre les administrations douanières permet de combattre plus efficacement les infractions à cette réglementation,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

DOMAINE D'APPLICATION

1) En vertu du présent Traité, les administrations douanières des deux Parties contractantes se prêtent mutuellement assistance dans le cadre de leurs compétences conformément à leurs règles juridiques internes,

a) Pour faciliter et accélérer les échanges commerciaux à travers les frontières,
b) Pour empêcher, découvrir et poursuivre les infractions à la législation douanière,

c) Pour garantir la perception exacte des droits de douane et d'autres droits à l'importation et à l'exportation.

2) Le présent Traité ne modifie en rien la collaboration fondée sur les engagements souscrits au titre d'autres accords.

Article 2

DÉFINITIONS

1) Aux fins du présent Traité, l'expression « législation douanière » s'entend de toutes les dispositions légales régissant l'importation, l'exportation et le transit

¹ Entré en vigueur le 23 juillet 1993 par l'échange des instruments de ratification à Budapest, conformément à l'article 16.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 157, p. 129.

qui concernent les droits de douane ou tous autres droits à l'importation et à l'exportation, les remboursements ou les interdictions, les limitations et contrôles des échanges commerciaux au-delà des frontières.

2) Aux fins du présent Traité, l'expression « administrations douanières » s'entend, dans la République fédérale d'Allemagne, de l'administration douanière fédérale et dans la République de Hongrie, de l'administration douanière et des autorités douanières qui en dépendent.

3) Aux fins du présent Traité, l'expression « infractions à la législation douanière » s'entend des infractions réalisées ou tentées contre la législation douanière.

Article 3

FACILITATION DES FORMALITÉS DOUANIÈRES

Les administrations douanières des deux Etats contractants coopèrent conformément aux stipulations du présent Traité et prennent d'un commun accord dans le cadre de leurs réglementations les mesures nécessaires en vue de simplifier les formalités douanières et de faciliter et accélérer ainsi les échanges commerciaux entre les deux Etats contractants.

Les compétences des Communautés européennes n'en sont pas affectées.

Article 4

ECHANGE DE DOCUMENTS, ÉCHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1) Les administrations douanières des deux Etats contractants se communiquent sur demande tout document certifiant que certaines marchandises exportées du territoire de l'un des Etats contractants ont été dûment importées dans le territoire de l'autre Etat contractant; ce document indique le cas échéant le type de procédure douanière appliqué et présente les données correspondantes.

2) Les autorités douanières des deux Etats contractants se communiquent sur demande des renseignements indiquant si les documents et actes qui leur ont été présentés sont authentiques et si leur contenu est exact ou s'ils ont été falsifiés.

3) Les autorités douanières des deux Etats contractants

a) Echantent des informations sur leurs activités et sur les nouveaux moyens et méthodes utilisés pour commettre des infractions contre la législation douanière,

b) Se renseignent mutuellement sur les modifications importantes de leurs règlements douaniers et l'utilisation de moyens techniques par leurs administrations douanières et examinent d'autres questions d'intérêt commun.

Article 5

LUTTE CONTRE LA CONTREBANDE DES STUPÉFIANTS

1) En vue d'intensifier les mesures visant à empêcher, découvrir et poursuivre la contrebande et le commerce illégal des stupéfiants et des substances psychotropes, les administrations douanières des deux Etats contractants se communiquent réciproquement le plus rapidement possible, même sans que la demande en soit faite, des renseignements sur :

a) Les personnes dont on sait ou que l'on soupçonne de se livrer à la contrebande de stupéfiants,

b) Les véhicules terrestres, bateaux et aéronefs dont on sait ou que l'on soupçonne qu'ils sont utilisés en vue de la contrebande de stupéfiants.

2) Les administrations douanières des deux Etats contractants se communiquent réciproquement, même sans que la demande en soit faite, des renseignements concernant les méthodes et procédés de contrebande utilisés dans le cas de commerce illégal de stupéfiants et de substances psychotropes ainsi que les résultats des nouvelles méthodes de contrôle.

3) Les renseignements, messages et documents communiqués conformément aux paragraphes 1 et 2 peuvent être transmis à d'autres administrations intervenant dans la lutte contre la toxicomanie et le commerce illégal des stupéfiants et des substances psychotropes.

4) Les dispositions relatives à l'entraide judiciaire en matière pénale ne sont pas modifiées.

5) Aux fins du présent Traité, les stupéfiants sont les substances relevant de la Convention unique sur les stupéfiants de 1961 (30 mars 1961) dans sa version actuelle¹. Aux fins du présent Traité, les substances psychotropes sont les substances relevant de la Convention sur les substances psychotropes du 21 février 1971 dans sa version actuelle².

Article 6

COMMUNICATION, NOTIFICATION DE DOCUMENTS

1) L'administration douanière d'un Etat contractant communiquera ou notifiera au destinataire, sur demande de l'administration douanière de l'autre Etat contractant et dans le respect des dispositions du droit en vigueur, toutes les décisions administratives et autres des autorités douanières concernant l'application de la réglementation douanière.

2) Il n'est pas nécessaire de faire figurer une description des circonstances dans la demande de communication ou de notification.

3) La communication ou la notification d'un document est confirmée par le récépissé du destinataire indiquant la date de la communication ou de la notification ou par l'attestation de l'autorité requise concernant la forme et la date de la communication ou de la notification.

Article 7

FOURNITURE DE RENSEIGNEMENTS, ENQUÊTES

1) Les administrations douanières des deux Etats contractants se communiquent réciproquement sur demande, notamment par l'envoi de rapports, de pièces écrites ou de copies certifiées de documents et d'autres données, tous les renseignements relatifs aux actes constatés ou projetés qui contreviennent ou paraissent contrevénir à la législation douanière de l'Etat requérant.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 157, p. 129.

² *Ibid.*, vol. 520, p. 151.

2) Les administrations douanières des deux Etats contractants effectuent sur demande des contrôles, enquêtes ou recherches dans les procédures pour infraction à la législation douanière et en communiquent les résultats à l'administration douanière requérante conformément aux dispositions du premier paragraphe.

Article 8

FORME ET TENEUR DE LA DEMANDE

1) La demande doit être établie par écrit dans la langue officielle de l'Etat requérant et être de préférence accompagnée d'une traduction dans la langue officielle de l'Etat requis. Les documents nécessaires pour y donner suite y compris les éventuels arrêtés ou décisions des autorités compétentes sur lesquels elle se fonde doivent être joints sous forme d'original, écrit, photocopie ou copie certifiée.

2) La demande ou les documents à joindre aux termes du premier paragraphe doivent fournir les renseignements suivants :

a) L'autorité douanière chargée de conduire la procédure qui motive la demande,

b) Le type et les éléments essentiels de la procédure engagée en raison de soupçons concernant l'existence d'infractions à la législation douanière,

c) La raison de la demande,

d) Les noms, renseignements personnels et adresses des personnes participant à la procédure.

Article 9

PROTECTION DES DONNÉES

En cas de communication d'informations concernant une personne privée, les principes de la Convention du 28 janvier 1981 relative à la protection de la personne en cas de traitement automatique de données personnelles¹ doivent être respectés. Par ailleurs les dispositions qui suivent sont applicables :

a) Il ne doit pas être transmis de données concernant une personne privée si l'on a des raisons de penser que cette transmission irait contre l'intention d'une loi interne ou qu'elle porterait atteinte à des intérêts dignes de protection de la personne concernée. Il en va de même en particulier si l'on a des raisons de penser que l'utilisation des informations personnelles n'est pas conforme aux principes de l'Etat de droit ou qu'il en résultera pour l'intéressé un important préjudice, incompatible avec les principes de l'Etat de droit.

b) Le destinataire ne peut utiliser d'informations personnelles que dans les buts indiqués par l'autorité qui les communique et dans les conditions prescrites par elle.

c) Les informations concernant des personnes privées ne peuvent être communiquées exclusivement qu'aux services douaniers et, dans la mesure où cela s'avère nécessaire à des fins de poursuites pénales, au ministère public et aux tribunaux. Elles ne peuvent être communiquées à d'autres services qu'avec l'autorisa-

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1496, n° I-25702.

tion préalable de l'autorité qui les transmet, sauf dans les cas prévus au paragraphe 3 de l'article 5.

d) Le destinataire fournit à l'Etat contractant qui transmet les informations, sur sa demande, des renseignements concernant leur utilisation et les résultats obtenus par ce moyen.

e) L'Etat contractant qui transmet les informations s'engage à garantir l'exactitude des informations à transmettre. S'il apparaît que des informations inexactes ou à détruire concernant des personnes privées ont été transmises, le destinataire doit en être informé sans retard. Il est alors tenu de les corriger ou de les détruire.

f) La personne concernée doit être renseignée à sa demande sur les informations la concernant qui ont été conservées et le but dans lequel elles ont été conservées ou sauvegardées. Cette obligation disparaît si l'on estime que le refus de communiquer ces renseignements dans l'intérêt public l'emporte sur l'intérêt pour la personne concernée d'être renseignée.

g) Si la transmission de données dans le cadre d'un échange d'informations aux termes du présent Traité occasionne un dommage à une personne, l'Etat contractant destinataire en est tenu responsable envers elle conformément aux dispositions de son droit interne. Il ne peut se décharger de sa responsabilité à l'égard de la personne qui a subi le préjudice en invoquant le fait que le dommage a été causé par l'Etat contractant qui a transmis les informations.

h) Chaque Etat contractant est tenu d'inscrire au dossier la communication et la réception d'informations concernant des personnes privées.

Article 10

DÉROGATIONS À L'OBLIGATION D'ASSISTANCE

1) L'Etat contractant auquel la demande est adressée pourra refuser d'y donner suite ou la subordonner à certaines conditions si son administration douanière estime que le fait d'accéder à cette demande risque d'être préjudiciable à la souveraineté, la sécurité, l'ordre public ou d'autres intérêts essentiels dudit Etat contractant.

2) Si l'administration douanière d'un Etat contractant présente une demande d'assistance à celle de l'autre Etat contractant et serait incapable dans le cas inverse de fournir elle-même l'assistance qu'elle demande, elle le précisera dans sa demande d'assistance. La suite à donner à cette demande sera à la discrétion de l'administration douanière ayant reçu la demande.

Article 11

UTILISATION DE L'ASSISTANCE

Les administrations douanières des deux Etats contractants peuvent utiliser à titre de preuves les renseignements et les documents consultés conformément aux dispositions du présent Traité dans leurs notes, rapports, dépositions de témoins ainsi que dans les procédures et poursuites judiciaires. La force probante de ces renseignements et de ces écrits et leur utilisation devant les tribunaux sont fonction du droit de l'Etat contractant qui prévoit cette utilisation.

*Article 12*EXÉCUTION DE MESURES D'ASSISTANCE, RÉPONSE
À LA DEMANDE D'ASSISTANCE

L'exécution de mesures d'assistance et la réponse à la demande d'assistance seront soumises aux règlements de l'Etat ayant reçu la demande.

La communication de copies d'actes et d'autres documents est considérée comme une forme de fourniture de renseignements. Lorsqu'elle doit effectuer des vérifications, des constatations et des enquêtes, l'administration douanière à laquelle l'assistance est demandée procède de la même façon que lorsqu'elle s'acquitte de ses propres tâches, sans recourir à des mesures contraignantes telles que des saisies ou perquisitions.

Article 13

PROCÉDURE DE COMMUNICATION ET COMPÉTENCES

1) L'assistance prévue dans le présent Traité s'effectue directement entre les administrations douanières des deux Etats contractants.

2) Si l'administration douanière d'un Etat contractant n'est pas compétente pour fournir l'assistance demandée, elle en informe l'administration douanière requérante et, avec son consentement, fait suivre la demande à l'autorité compétente.

Article 14

DÉPENSES

Les seules dépenses remboursées à l'administration douanière fournissant une assistance sont celles encourues par elle pour donner suite à une demande conformément au présent Traité en vue de rémunérer des témoins et experts ainsi que des interprètes et traducteurs indépendants.

Article 15

EXÉCUTION DU TRAITÉ

1) Les administrations douanières centrales des deux Etats contractants arrêtent les dispositions requises pour l'application du présent Traité.

2) Les questions posées par l'interprétation et l'application du présent Traité sont examinées le cas échéant par les représentants des administrations douanières des deux Etats contractants.

Article 16

RATIFICATION, ENTRÉE EN VIGUEUR ET DÉNONCIATION

1) Le présent Traité doit être ratifié; les pièces de ratification seront échangées aussitôt que possible à Budapest.

2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

3) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Il pourra être dénoncé par écrit par chaque Etat contractant avec un préavis de douze mois.

FAIT à Bonn le 18 décembre 1991 en deux exemplaires, chacun en langues allemande et hongroise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

THEO WAIGEL

Pour la République
de Hongrie :

KUPA M.
